

Runder Tisch Urbane Praxis

06.07.2026

Was ist Urbane Praxis?

Urbane Praxis ist ein Aktionsfeld an der Schnittstelle zwischen **Kunst, Kultur, Architektur, Stadtentwicklung, Umwelt, Bildung, Jugend, Sozialem und Sport**.
Durch künstlerische Aktivitäten und Engagement entstehen nachbarschaftliche Experimentier- und Freiräume oder es werden Zukunftsvisionen getestet, mit Fokus auf gemeinwohlorientierte kulturelle Stadtetwicklung.

Initiativen und gemeinnützige Organisationen erkennen un(ter)genutzte Stadträume als Potentiale und aktivieren diese durch Aktionen, Aktivitäten und Engagement. Es entstehen Orte zum Experimentieren, bei denen das **gemeinschaftliche Wohl** der Stadt und ihrere Bewohner*inen im Mittelpunkt steht.
Urbane Praxis ist vielfältig und schafft Neues im öffentlichen Raum und/oder an anderen alltäglichen Orten.

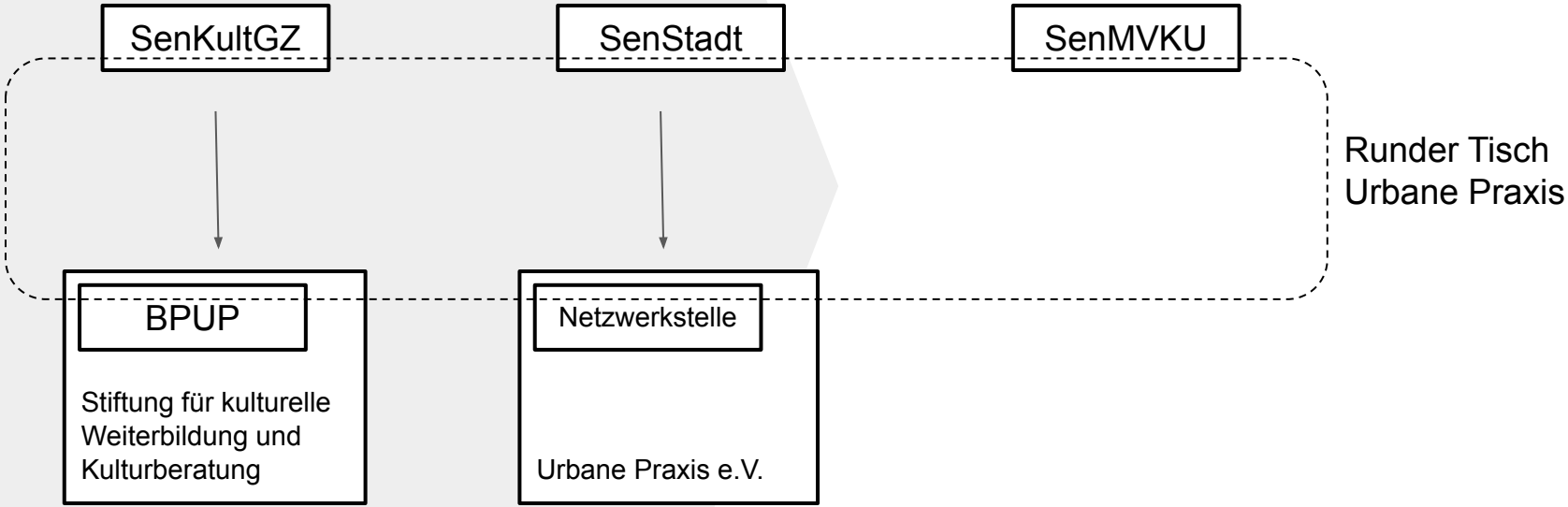

Operation Himmelblick
stadtgewitter e.v


Kiosk of Solidarity
KIOSK OF SOLIDARITY
constructlab e.V.


© Raquel Gomez Delgado
FLOATING ~~UNIVERSITY~~
BERLIN


YOUNION 21
Karame e.V.

Urbane Praxis Strukturen in Berlin



Was kann Urbane Praxis?

Förderung nachhaltiger kultureller Stadtentwicklung
Gemeinwohlorientierte Koproduktion und die Rolle von Stadtmachen-Initiativen wird in der Neuen Leipzig Charta und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik anerkannt.

Stärkung der Gemeinschaft und des Gemeinwohls
Urbane Praxis fördert das Zusammenleben in der Nachbarschaft und schafft Begegnungsorte.

Kulturelle Teilhabe und Identitätsstiftung
Urbane Praxis macht kulturelle Angebote zugänglich und schafft Möglichkeiten, die Stadt vielfältig mitzugestalten. Sie trägt zur Sichtbarmachung kultureller Vielfalt bei.

Innovationskraft
Urbane Praxis testet kreative Lösungen für städtische Herausforderungen aus und hat einen Modellcharakter. Urbane Praxis ist ein wissenschaftlich relevantes Forschungsfeld.

Belegt durch die Evaluationen des BPUP 2023 & 24

Was kann Urbane Praxis?

Sichtbarmachung von Themen der Bevölkerung in der Stadt
Förderung führt zu erhöhter Sichtbarkeit von Themen der Bevölkerung und nachbarschaftlicher Anliegen. Dies führte zu einem größeren Artikulationsvermögen der Bürger*innen.

Capacity Building und Professionalisierung
Durch die Förderung und das Netzwerk der Urbanen Praxis werden relevante Lerneffekte erzielt und die Menschen zu professionalisierung in den Strukturen

Barriereabbau und Inklusion
Urbane Praxis erhöht die Sensibilisierung für diese Themen und schafft es durch Förderung auch Barrieren abzubauen

Kooperation und Ressortübergreifendes Arbeiten
Urbane Praxis fördert die Kooperation zwischen Verwaltungen, Senats- und Bezirksebene, Bürger*innen, Initiativen und städtischen Organen.

Belegt durch die Evaluationen des BPUP 2023 & 24

Was braucht Urbane Praxis?

1. Langfristige Förderung nachhaltiger Projekte durch **Verstetigung zentraler Förderinstrumente** (z.B. BPUP)
2. Sicherung der Netzwerkstelle Urbane Praxis als intermediäre, zivilgesellschaftliche Partnerin, um eine **starke Vernetzung & zivilgesellschaftliche Teilhabe** durch Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft zu fördern
3. Frühzeitige **Einbindung von Kunst & Kultur in Planungsprozesse** und Verankerung Urbaner Praxis im Stadtentwicklungskonzept Kultur
4. Verstetigung **ressortübergreifender Kooperationen in Entwicklungsgremien auf Bezirksebene** mit Urbaner Praxis als Partner:in
5. **Vereinfachung von Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren** für diverse Zielgruppen
6. **Langfristig gesicherte Räume** für Urbane Praxis durch öffentliche Liegenschaften
7. Politische Unterstützung für eine **gemeinwohlorientierte, kulturelle Stadtentwicklung**

Urbane Praxis als Schlüssel zur kulturellen, nachhaltigen Stadtentwicklung für lebendige und zukunftsfähige Städte

Wie sieht die ressortübergreifende Zusammenarbeit zukünftig aus?

Urbane Praxis im politischen Diskurs zur Abgeordnetenwahl verankern. → Was wollen wir genau?

Urbane Praxis Projektförderung und Strukturen ressortübergreifend in Koalitionsvertrg und Haushaltsaufstellung 2028/29 verankern

Urbane Praxis im Stadtentwicklungskonzept Kultur ressortübergreifend integrieren → zu welchem Ziel?

Urbane Praxis im IBA Konzept ressortübergreifend integrieren → zu welchem Ziel?

Zusammenarbeit der Urbanen Praxis mit den Bezirken unterstützen (z.B. feste Ansprechpersonen in den Bezirksämtern)

Basisförderungen für Orte der urbanen Praxis

Wahlspezifische Forderungen

Was kommunizieren wir an die Politik?

- **Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag**
- **Forderungen der zivilgesellschaftlichen Vertretungen**
- **Stadtentwicklung - Sabine**
- **Umwelt - Birte**
- **Kultur - Matthias**
- **Kollektive UP - Jakob**
- **Ort der UP - David**

Forderungen

Kiosk of Solidarity: Urbane Praxis braucht die Unterstützung von politischen Entscheidungsträger*innen:

– Langfristige Sicherung von Räumen für kulturelle und soziale Initiativen

– Förderung von niedrigschwelligen Formate der Mitsprache und Partizipation

– Flexiblere Nutzungsmöglichkeiten für urbane Räume (einfache Genehmigungsverfahren)

– Faire und langfristige Förderstrukturen (insbesondere Fortsetzung des Projektfonds Urbane Praxis)

Grenzgänger e.V.: Wir fordern ein Ende der Repressionen, die tagtäglich auf den Straßen Berlins stattfinden – insbesondere gegenüber migrantischen Jugendlichen. Wir stellen uns entschieden gegen die Zensur von Kulturschaffenden, gegen die Remilitarisierung und Aufrüstung, und gegen die Politik des Kaputtsparens, die öffentliche Infrastruktur zerstört, während immer mehr Geld in Polizeiausrüstung fließt.

Wir kritisieren die Verengung und den Verlust öffentlicher Räume , sei es durch politisch motivierte Angriffe auf Orte wie Oyoun oder durch finanzielle Interessen, die den Ausverkauf der Stadt vorantreiben. Berlin braucht Räume, die frei, solidarisch und für alle zugänglich sind – nicht nur für diejenigen, die sie sich kaufen können.

Wir fordern eine Stadtpolitik, die öffentliche Gelder in Bildung, Kultur, sozialen Zusammenhalt und Klimagerechtigkeit investiert, anstatt in Gewalt, Abschreckung und Privatisierung. Unsere Stadt muss ein Ort bleiben, wo kritische Stimmen gehört und nicht zum Schweigen gebracht werden, und wo sich alle frei bewegen können.

Forderungen

Allmende Kontor e.V.: Wir stellen uns klar gegen eine Bebauung auf dem Tempelhofer Feld.

100% Tempelhofer Feld! & Wir halten fest an unserer Gemeinnützigkeit und an den Vereinbarungen des Urban-Gardening-Manifests: Urbane Gärten sind freie, nicht-kommerzielle Orte, die allen offenstehen. Sie sind Orte des Gemeinwohls, der Vielfalt und der Selbstorganisation – nicht der Verwertung. Wir fordern die Berliner Politik und Verwaltung für 2026/27 auf, endlich die gesellschaftliche Bedeutung von Gemeinschaftsgärten anzuerkennen und sie rechtlich und planerisch abzusichern. Dazu gehört: Integration ins Bau- und Planungsrecht: Urbane Gärten müssen als eigenständige und dauerhafte Nutzungsform verankert werden.

Gestaltungsrechte für Bewohner*innen: Stadtgesellschaft braucht Mitsprache und Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Nicht-kommerzielle Räume sichern: Flächen in Wohnungsnähe sind für soziale und ökologische Nutzungen freizuhalten, nicht für Profite.

Gartengerechte Stadt statt autogerechter Stadt: Jeder Berlinerin hat ein Recht auf fußläufige Stadtnatur.

Urbane Gärten sind mehr als Grünflächen – sie sind unser Lebensraum, Bildungs- und Kulturorte, Orte sozialer Teilhabe und

ökologische Trittsteine. Hier wächst eine Stadtgesellschaft, die auf Nachhaltigkeit, Resilienz und Vielfalt gründet. Wir wollen, dass diese

Gärten dauerhaft Wurzeln schlagen. Die Stadt ist unser Garten.

Forderungen

Allmende Kontor e.V.: Wir stellen uns klar gegen eine Bebauung auf dem Tempelhofer Feld.

100% Tempelhofer Feld! & Wir halten fest an unserer Gemeinnützigkeit und an den Vereinbarungen des Urban-Gardening-Manifests: Urbane Gärten sind freie, nicht-kommerzielle Orte, die allen offenstehen. Sie sind Orte des Gemeinwohls, der Vielfalt und der Selbstorganisation – nicht der Verwertung. Wir fordern die Berliner Politik und Verwaltung für 2026/27 auf, endlich die gesellschaftliche Bedeutung von Gemeinschaftsgärten anzuerkennen und sie rechtlich und planerisch abzusichern. Dazu gehört: Integration ins Bau- und Planungsrecht: Urbane Gärten müssen als eigenständige und dauerhafte Nutzungsform verankert werden.

Gestaltungsrechte für Bewohner*innen: Stadtgesellschaft braucht Mitsprache und Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Nicht-kommerzielle Räume sichern: Flächen in Wohnungsnähe sind für soziale und ökologische Nutzungen freizuhalten, nicht für Profite.

Gartengerechte Stadt statt autogerechter Stadt: Jeder Berlinerin hat ein Recht auf fußläufige Stadtnatur.

Urbane Gärten sind mehr als Grünflächen – sie sind unser Lebensraum, Bildungs- und Kulturorte, Orte sozialer Teilhabe und

ökologische Trittsteine. Hier wächst eine Stadtgesellschaft, die auf Nachhaltigkeit, Resilienz und Vielfalt gründet. Wir wollen, dass diese

Gärten dauerhaft Wurzeln schlagen. Die Stadt ist unser Garten.